

---

**P R O T O K O L L**  
**über die Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Cloppen-**  
**burg am Donnerstag, dem 27.03.2014, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal 2**  
**des Kreishauses in Cloppenburg**

**Anwesend**

Vorsitzende/r

1. Kreistagsabgeordneter Bernhard Möller

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordnete Johanna Hollah  
3. Kreistagsabgeordneter Herbert Holthaus  
4. Kreistagsabgeordnete Gabriele Kalvelage  
5. Kreistagsabgeordnete Dr. Irmtraud Kannen  
6. Kreistagsabgeordnete Jutta Klaus  
Vertretung für Herrn Johannes Loots  
7. Kreistagsabgeordneter Stefan Riesenbeck  
8. Kreistagsabgeordnete Ingrid Stärk  
9. Kreistagsabgeordnete Josef Trenkamp  
10. Kreistagsabgeordnete Julia Wienken

Zugewählte beratende Mitglieder

11. Diakonisches Werk Hans-Jürgen Hoffmann  
12. Paritätischer Cloppenburg Nadja Kurz  
Vertretung für Hans-Jürgen Lehmann  
Sigrid Möller  
13. Beirat für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Cloppenburg  
14. Landes-Caritasverband Ludger Niehaus  
15. Deutsches Rotes Kreuz Michael Pahl

Verwaltung

16. Landrat Hans Eveslage  
17. Kreisoberamtsrätin Gabriele Schröder  
18. Ltd. Medizinaldirektorin Dr. Elisabeth Blömer  
19. Gleichstellungsbeauftragte Dr. Christina Neumann  
20. Kreisamtmann Martin Richter

Protokollführer/in

21. Kreisamtsrat Josef Potthast

Gäste

22. Vertreter des Hospizdienstes für den Landkreis Cloppenburg Norbert Moormann

Es fehlte/n:

23. Kreistagsabgeordneter Johannes Kalvelage  
24. Kreistagsabgeordneter Clemens Poppe  
25. Kreistagsabgeordneter Stefan Schute  
26. Arbeiterwohlfahrt Brigitte Siebum



## Tagesordnung:

- 1 . Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 . Feststellung der Tagesordnung
- 3 . Genehmigung des Protokolls
- 4 . Aufgaben und Tätigkeit des Hospizvereins Cloppenburg - Möglichkeiten und Grenzen
- 5 . Einrichtung eines Senioren- und Pflegestützpunktes V-SOZ/14/042
- 6 . Antrag der Diakonie und des Vereins donum vitae auf Bezuschussung empfängnisverhütender Mittel für Leistungsempfängerinnen und -empfänger gemäß SGB II, SGB XII, AsylbLG und Frauen und Männer in finanziellen und persönlichen Notlagen V-SOZ/14/041
- 7 . Mitteilungen
- 8 . Einwohnerfragestunde

### **1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

---

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Möller, eröffnete um 16:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Des Weiteren begrüßte er als Gast Herrn Moormann, 1. Vorsitzender des Hospizvereins Cloppenburg, der zum Tagesordnungspunkt 4 vortragen werde.

### **2. Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wurde von den Ausschussmitgliedern – wie veröffentlicht – angenommen.



---

### 3. Genehmigung des Protokolls

---

Die Niederschrift über die Sitzung am 27.11.2013 wurde einstimmig genehmigt.

### 4. Aufgaben und Tätigkeit des Hospizvereins Cloppenburg - Möglichkeiten und Grenzen

---

Ltd. Medizinaldirektorin Dr. Blömer trug den Sachverhalt entsprechend der nachgereichten Tischvorlage (siehe Info-System: „**Anlage zu TOP 4 Hospiz**“) vor.

Sie betonte abschließend, dass die Zusammenarbeit der im Landkreis Cloppenburg tätigen Einrichtungen der Hospiz- und Palliativversorgung sehr gut funktioniere. Festzustellen sei aber, dass eine stationäre Hospizeinrichtung fehle. An die politischen Entscheidungsträger richte sich jetzt die Frage, ob sie dieses Thema aufnehmen wollen.

Vorsitzender Möller erteilte Herrn Moormann das Wort.

Herr Moormann dankte für die Gelegenheit, die Arbeit des Hospizdienstes Cloppenburg vorstellen zu können. Dies sei ein wichtiges und schwieriges Thema.

Der Hospizdienst sei im April 1994 als ehrenamtlicher Verein, mit allen Strukturen eines Vereines, gegründet worden. Dem Hospizverein würden zzt. etwa 140 Mitglieder angehören.

Der Verein beschäftige 2 Koordinatorinnen. Deren Aufgabe sei es, die Hospizeinsätze zu planen. Des Weiteren seien 44 Begleiter/innen im Hospizdienst tätig.

Neben der Finanzierung der beiden Koordinatorinnenstellen durch die Krankenkassen, bestreite der Hospizverein seine Ausgaben insbesondere aus Spenden sowie aus den Mitgliedsbeiträgen von jährlich 30 €.

Im Landkreis Cloppenburg gebe es neben dem Hospizdienst Cloppenburg, den „Ambulanten Hospizdienst“ der Malteser in Friesoythe. Außerdem werde zzt. von den Johannitern in Lönningen ein Hospizdienst aufgebaut. Herr Moormann betonte, dass die Zusammenarbeit mit allen Hospiz- und Palliativeinrichtungen sehr gut sei.

Herr Moormann erläuterte die Aufgabenstellung und die Arbeit des Hospizdienstes anhand der Flyer des Vereines (siehe Anlage 1 und 2). Er führte weiter aus, dass der Hospizdienst immer nur auf Anfrage tätig werde.

Die Familienbegleitung umfasse die Begleitung der Familien mit erkrankten Kindern, so Herr Moormann weiter. Dafür würden 8 Begleiter/innen mit besonderer Ausbildung zur Verfügung stehen. Für die Trauerbegleitung hätten ebenfalls 8 Begleiter/innen eine spezielle Ausbildung. Alle 44 Begleiter/innen hätten zunächst einen Grundkurs (110 Std.) absolvieren müssen.

Die Begleiter/innen würden ehrenamtlich und unentgeltlich arbeiten. Herr Moormann betonte, dass die Begleiter/innen sehr engagierte Laien seien.



Zu den Grenzen der Tätigkeit des Hospizdienstes verwies Herr Moormann darauf, dass die Begleiter/innen keine Pflegekräfte seien, sie dürften keine Pflege leisten. Außerdem seien sie in der Regel nur stundenweise im Einsatz; eine „Rund-um-die-Uhr-Betreuung“ über Tage oder Wochen sei nicht möglich.

Herr Moormann hielt die Einrichtung eines stationären Hospizdienstes im Landkreis Cloppenburg für erforderlich. Dies sei ein Wunsch seines Vereines. Er verwies auf die große Entfernung zu stationären Hospizen in den Nachbarlandkreisen (in Dinklage, Oldenburg, Leer). Herr Moormann sprach sich dafür aus, das Thema auf eine breite Basis zu stellen und Politik, Kirchen und gesellschaftliche Gruppen einzubinden.

Den Hospizverein Cloppenburg sähe er nicht als Träger eines stationären Hospizdienstes, so Herr Moormann weiter. Dies sei eher eine Aufgabe für den Landkreis, für die Krankenhäuser, für die Kirchen oder die Wohlfahrtsverbände. Zum Bedarf, also der erforderlichen Anzahl der Betten bezogen auf die Einwohnerzahl, könne er keine Angaben machen. Wichtig sei es, die Krankenkassen für die Einrichtung des stationären Hospizdienstes zu gewinnen.

Vorsitzender Möller dankte für die Ausführungen und gab den Mitgliedern des Ausschusses Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck dankte dem Hospizverein für seine aufopferungsvolle Tätigkeit, die man nicht hoch genug einschätzen könne. Zurzeit sei die Finanzierung des Hospizdienstes wohl gesichert und der Verein verfüge über eine ausreichende Anzahl engagierte Begleiter/innen. Er frage sich, ob dies auch für die Zukunft gelte. Kreistagsabgeordneter Riesenbeck bat um Auskunft, wie viele Fälle betreut würden und ob es eine Warteliste gebe.

Herr Moormann erläuterte, dass bislang alle Anfragen hätten erfüllt werden können. Im vergangenen Jahr seien 80 sterbende Menschen begleitet worden. Zur Finanzsituation ergänzte er, dass vor zwei Jahren aus einem Erbe eine kleine „Hospiz-Stiftung“ gegründet wurde, die den Verein nun jährlich mit einem geringen Zuschuss unterstütze.

Landrat Eveslage zeigte sich beeindruckt von der unverzichtbaren Arbeit des Hospizdienstes. Er sei froh, dass es Menschen für diese Aufgabe gebe. Landrat Eveslage bat Herrn Moormann um Auskunft, wo die räumlichen Schwerpunkte der Tätigkeit im Kreisgebiet liegen würden.

Herr Moormann entgegnete, dass sich der Verein „Hospizdienst für den Landkreis Cloppenburg“ nenne und dies auch so umsetze. Die Begleiter/innen seien daher im gesamten Kreisgebiet im Einsatz. Schwerpunkte des Einsatzes seien allerdings die Stadt Cloppenburg und der Südkreis. Aus Friesoythe, bzw. dem Nordkreis, kämen weniger Anfragen, dort hätten die Malteser ebenfalls einen Hospizdienst.

Die Besuche würden Zuhause, in Alten- und Pflegeheimen sowie in Krankenhäusern erfolgen. Es sei aber festzustellen, dass die Begleitungen im häuslichen Bereich im Laufe der Jahre weniger geworden seien.

Auf Frage des Kreistagsabgeordneten Riesenbeck erläuterte Ltd. Medizinaldirektorin Dr. Blömer, dass die Kosten der Betreuung in einem stationären Hospiz zu 90 % von den Kran-

kenkassen getragen würden. Für die sterbenden Menschen sei der Aufenthalt kostenfrei. Es bleibe somit für die Einrichtung eine erhebliche Finanzlücke.

Landrat Eveslage zeigte sich überzeugt, dass der Bedarf für einen stationären Hospizdienst vorhanden sei und sprach sich grundsätzlich für die Schaffung einer solchen Einrichtung aus. Er ginge davon aus, dass ein stationärer Hospizdienst auch angenommen würde. Wichtig sei, die Krankenkassen zu überzeugen, da diese einen Großteil der Kosten tragen müssten.

Kreistagsabgeordnete Hollah zeigte sich ebenfalls beeindruckt von der vom Hospizdienst geleisteten Arbeit sprach dem Verein im Namen der CDU-Fraktionen ihren Dank aus. Sie begrüßte, dass das Thema aufgegriffen worden sei. Sie sähe in einem stationären Hospizdienst keine Konkurrenz zu den vorhandenen Einrichtungen. Es sei aber sinnvoll und erforderlich, dass der Ausschuss weitere Informationen erhalte.

Kreistagsabgeordnete Hollah schlug vor, eine Arbeitsgruppe einzurichten. Aufgabe der Arbeitsgruppe solle sein, den Bedarf und z.B. die Inanspruchnahme der stationären Hospize in den Nachbarkreisen zu klären. Sie teile die Auffassung, dass das Angebot den Bedarf schaffe. Außerdem seien ein Finanzierungsmodell zu erstellen und insbesondere Gespräche mit den Krankenkassen aufzunehmen. Abschließend verwies sie darauf, dass das Thema Hospiz vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gesehen werden müsse.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen sprach sich ebenfalls für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Thema stationäres Hospiz aus. Auf ihre weitere Frage erläuterte Herr Moormann, dass die Personalkosten für die beiden hauptamtlichen Koordinatorinnen dem Hospizverein von den Krankenkassen ersetzt werden.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck bat um Auskunft, ob es Erfahrungen gebe, inwieweit die ambulanten Hospizdienste durch eine stationäre Hospizeinrichtung evtl. überflüssig würden. Herr Moormann entgegnet, dass das Beispiel in Dinklage zeige, dass die ambulanten Hospizdienste erhalten blieben. Die ehrenamtlichen Begleiter/innen seien teils sogar in der stationären Einrichtung im Einsatz.

Kreistagsabgeordnete Klaus meinte, dass die Einrichtung eines stationären Hospizes ein komplexes Thema sei und unterstützte die Bildung einer Arbeitsgruppe. Die wohnortnahe Versorgung sei wichtig, eine Fahrtzeit von einer Stunde sei zu viel. Ein stationäres Hospiz sei in jedem Landkreis wünschenswert. Sie halte die Finanzierung für durchaus möglich und verwies zudem auf die nach ihrer Auffassung vorhandene Spendenbereitschaft.

Landrat Eveslage stellte abschließend fest, dass die Diskussion in die richtige Richtung gehe und es notwendig sei, dass der Sozialausschuss sich weiter mit dem Thema befasse. Er schlug vor, dass der Arbeitsgruppe Ltd. Medizinaldirektorin Dr. Blömer, Herr Dr. Klaus sowie Herr Moormann angehören und insbesondere die Vertreter der örtlichen Krankenkassen zur Zusammenarbeit gewonnen werden sollten. Er bat, die Ergebnisse in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorzustellen.

Vorsitzender Möller stellte fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorlagen und beendete diesen Tagesordnungspunkt. Er dankte Herrn Moormann für die umfassenden Ausführungen und zeigte sich überzeugt, dass das Thema aufgenommen werde.

## 5. Einrichtung eines Senioren- und Pflegestützpunktes Vorlage: V-SOZ/14/042

---

Kreisoberamtsrätin Schröder trug den Sachverhalt entsprechend der **Vorlage-Nr.: V-SOZ/14/042** vor.

Kreisamtmann Richter erläuterte die Details des Konzeptes zur „Einrichtung eines Senioren- und Pflegestützpunktes im Landkreis Cloppenburg“ (siehe Anlage zur Sitzungsladung).

Auf Frage der Kreistagsabgeordneten Kalvelage erklärte Kreisoberamtsrätin Schröder, dass der Senioren- und Pflegestützpunkt vielfältige Aufgaben haben werde. Einerseits sei es eine Koordinierungsstelle, die auf die Angebote anderer Einrichtungen hinweise und damit diese nutze, andererseits sei auch die praktische Beratung vor Ort vorgesehen. Diese Stelle werde sicherlich zunächst viel Aufbauarbeit leisten müssen.

Landrat Eveslage ergänzte, dass der Senioren- und Pflegestützpunkt keine Konkurrenz für die übrigen Akteure sein werde. Der Beratungsstelle solle die vorhandenen Strukturen nutzen und unterstützen.

Kreistagsabgeordnete Kalvelage bat um Auskunft zum Zeitraum der Landesförderung. Kreisoberamtsrätin Schröder führte aus, dass die Landeszuschüsse als Dauerförderung angelegt seien, also keine kurzfristige Anschubfinanzierung oder Projektförderung. Zumindest die derzeitige Ausrichtung des Landes sei eine langjährige Förderung.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen bat um Auskunft zur Trägerschaft und Personalverantwortung. Kreisoberamtsrätin Schröder erläuterte, dass der Landkreis dazu eigenes Personal einstellen werde. Der Senioren- und Pflegestützpunkt werde an die Kreisverwaltung „angedockt“. Beweggrund hierfür sei die Finanzverantwortung des Landkreises gegenüber dem Land, die auch im Falle einer anderen Organisationsform beim Landkreis geblieben wäre. Außerdem könne so z.B. zur Urlaubsvertretung auf anderes Personal zurückgegriffen werden. Die Büros der Beratungsstelle müssten aber nicht zwingend im Kreishaus sein. Der Senioren- und Pflegestützpunkt könne – bei entsprechender Beschlusslage - voraussichtlich zu Beginn des Jahres 2015 an den Start gehen.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck begrüßte den Vorschlag grundsätzlich. Probleme sah er jedoch hinsichtlich der Aufgaben der Pflegeberatung bzw. der Leistungsbetrachtung bei den Pflegekassen und der Hilfe zur Pflege des Kreissozialamtes sowie dem Aufgabenbereich der Betreuer.

Kreisoberamtsrätin Schröder entgegnete, dass der Senioren- und Pflegestützpunkt bei Antragstellungen nur unterstützende Beratung leisten könne. Rechtlicher Beistand sei genauso wenig möglich, wie verbindliche Zusagen der Leistungsgewährung. Der Senioren- und Pflegestützpunkt ersetze auch nicht die Funktion der Betreuer.

Kreisamtmann Richter verwies darauf, dass z.B. die AOK ihre Pflegeberater hier vor Ort habe. Bei anderen, bundesweit agierenden Krankenkassen sei dies oft nicht so. Da sei es schwierig, umfassende Pflegeberatung zu erhalten. Ein anderes Beispiel der Aufgaben der Einrichtung sei die Hilfe beim Ausfüllen von Antragsvordrucken. Kreisoberamtsrätin Schröder ergänzte, dass die Pflegekassen sich an der Finanzierung des Senioren- und Pflegestützpunktes beteiligen, weil sie von einigen Aufgaben entlastet würden.



Kreistagsabgeordnete Stärk teilte mit, dass die CDU-Fraktion das Thema ausführlich diskutiert habe. Die Initiative des Landes und die Umsetzung des vorliegenden Konzeptes würden begrüßt und unterstützt. Angesichts des demografischen Wandels sei ein neutraler Senioren- und Pflegestützpunkt eine gute Idee, um Lücken der vorhandenen Einrichtungen zu schließen. Hinsichtlich des Personalbedarfes seien 2,5 Stellen als Anfang zu sehen. Ob später ein Ausbau erforderlich sei, müsse die weitere Entwicklung zeigen.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck bat um Auskunft, ob es schon Erfahrungen anderer Senioren- und Pflegestützpunkte hinsichtlich der Beratungs- und Kontaktzahlen gebe. Kreisamtmann Richter erwiderte, dass die Beratungsstelle des Landkreises Emsland im vergangenen Jahr 3.000 Kontakte (von Telefonaten bis Hausbesuche) gezählt habe.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen fragte, wie die nächsten Schritte aussehen würden, wie die vorhandenen Beratungsstrukturen eingebunden und Netzwerke gebildet werden sollen.

Kreisoberamtsrätin Schröder erklärte, dass zunächst die Beratungsangebote und -strukturen sowie evtl. erforderlicher Ergänzungsbedarf zu klären seien. Die vorhandenen Beratungsangebote vor Ort sollten engmaschig eingebunden und koordiniert sowie mit eigenen Vor-Ort-Angeboten kombiniert werden.

Vorsitzender Möller stellte eine einvernehmliche Unterstützung zur Einrichtung eines Senioren- und Pflegestützpunktes fest und bat um Abstimmung über das vorliegende Konzept.

**Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag zu empfehlen, die Kreisverwaltung zu beauftragen, im Landkreis Cloppenburg einen Senioren- und Pflegestützpunkt auf der Grundlage des Konzeptes vom März 2014 einzurichten.**

**6. Antrag der Diakonie und des Vereins donum vitae auf Bezuschussung empfangnisverhütender Mittel für Leistungsempfängerinnen und -empfänger gemäß SGB II, SGB XII, AsylbLG und Frauen und Männer in finanziellen und persönlichen Notlagen  
Vorlage: V-SOZ/14/041**

Beratendes Mitglied Hoffmann nahm an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Ltd. Medizinaldirektorin Dr. Blömer trug den Sachverhalt entsprechend der **Vorlage-Nr.: V-SOZ/14/041** vor.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen verwies darauf, dass die Problemlage über Jahre die gleiche bleibe und schlug vor, den Zuschuss für die Dauer von 3 Jahren zu bewilligen.

Auf Frage der Kreistagsabgeordneten Dr. Kannen zu den Ausgaben der Diakonie erwiderte Ltd. Medizinaldirektorin Dr. Blömer, dass es keine Kontrolle in den Einzelfällen gebe und daher keine Aussage zum Verhältnis von Ausgaben und Fallzahlen gemacht werden könne.

Kreistagsabgeordnete Wienken sprach sich im Namen der CDU-Fraktion für den Beibehalt der Zuschussbewilligung aus und schlug vor, in den nächsten drei Jahren einen gleichbleibenden Zuschuss von je bis zu 8.000 € zu gewähren. Diesem Vorschlag schloss sich Kreistagsabgeordnete Klaus an.



Vorsitzender Möller stellte den Beschlussvorschlag der Kreistagsabgeordneten Wienken zur Abstimmung.

**Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag zu empfehlen, für die Diakonie und für den Verein donum vitae in den Haushaltsjahren 2014 bis 2016 einen Betrag in Höhe von jeweils bis zu 8.000,- € als Zuschuss für empfängnisverhütende Mittel für Leistungsempfängerinnen und -empfänger gemäß SGB II, SGB XII, AsylbLG und für Frauen und Männer in finanziellen und persönlichen Notlagen bereitzustellen.**

## 7. Mitteilungen

---

### a) Sitzung des Sozialausschusses am 10.07.2014

Ltd. Medizinaldirektorin Dr. Blömer teilte mit, dass die nächste Sitzung des Sozialausschusses am 10.07.2014 nicht im Kreishaus, sondern im ehemaligen Krankenhaus in Emstek geplant sei. Dort solle zunächst das neu eingerichtete GPZ besichtigt werden. Der Sitzungsbeginn werde daher voraussichtlich auf 15.00 Uhr vorgezogen.

### b) Verabschiedung von Herrn Niehaus

Vorsitzender Möller teilte mit, dass das beratende Mitglied Ludger Niehaus sein Mandat zum 31.03.2014 niedergelegt habe. Er erinnerte daran, dass Herr Niehaus zuvor viele Jahre Kreistagsabgeordneter und Vorsitzender des Sozialausschusses war. Vorsitzender Möller dankte Herrn Niehaus für seine Tätigkeit.

### c) Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen bat um Auskunft zum Aufgabenbereich des neu eingerichteten Arbeitsplatzes „Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe“.

Ltd. Medizinaldirektorin Dr. Blömer sagte zu, einen Auszug aus dem Handlungskonzept, das Bestandteil des Antrages auf Landesförderung sei, dem Protokoll beizufügen. Daraus sei der Aufgabenbereich ersichtlich (siehe Anlage 3).

Weitere Mitteilungen lagen nicht vor.

## 8. Einwohnerfragestunde

---

Fragen wurden nicht gestellt.





Um 18:15 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer/in